

Muster 2 b 2
zu Pos. 1.12 des Kinder- und Jugendförderplans

(Bewilligungsbehörde)

Az.:

.....
Ort/Datum
Fernsprecher

〔(Anschrift der Zuwendungsempfängerin)〕

〔 〕

Zuwendungsbescheid

(Institutionelle Förderung)

Betr.: Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen;
hier: Förderung gemäß Pos. 1.12 des Kinder- und Jugendförderplans 20...
(Richtlinien zum Kinder- und Jugendförderplan vom)

Bezug: Ihr Antrag vom

Anlq.: Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Institutionellen Förderung - ANBest-I -
 Vordruck Rechtsbehelfsverzicht
 Vordruck Verwendungsnachweis

I.

1. Bewilligung

Auf Ihren v. g. Antrag bewillige ich Ihnen

für die Zeit vom bis
(Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung in Höhe von €
(in Buchstaben: Euro)

2. Zur Durchführung folgender Maßnahme

Die Mittel sind zweckgebunden und bestimmt für die im Rahmen des Wirtschaftsplans der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle Nordrhein-Westfalen (AJS NRW), der hiermit gebilligt wird, im Durchführungszeitraum regelmäßig anfallenden notwendigen und angemessenen Personal- und Sachausgaben.

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszweckes erworben oder hergestellt werden, sind fünf Jahre für den Zuwendungszweck gebunden.

3. Finanzierungsart-/höhe

Die Zuwendung wird in der Form der Fehlbedarfsfinanzierung als Zuschuss gewährt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in dem gebilligten Wirtschaftsplan auf insgesamt _____ Euro festgestellt worden.

4. Ermittlung der Zuwendung

Der bewilligte Zuwendungsbetrag wurde entsprechend dem gebilligten Wirtschaftsplan, der Bestandteil dieses Bescheides ist, festgelegt.

5. Bewilligungsrahmen

Von der Zuwendung entfallen auf

Ausgabeermächtigungen: _____,- Euro
20 _____,- Euro

6. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Anforderungen nach den ANBest-I ausgezahlt, sofern dieser Zuwendungsbescheid inzwischen rechtskräftig geworden ist.

II.

Nebenbestimmungen

Die beigefügte ANBest-I ist Bestandteil dieses Bescheides.

Durchführungszeitraum ist vom bis zum

Sofern nach Nr. 9.1 bis 9.4 ANBest-I Beträge zu erstatten bzw. Zinsen zu leisten sind, bitte ich diese unter Angabe des o.g. Aktenzeichens auf eines der genannten Konten zu überweisen und mir dies gleichzeitig schriftlich mitzuteilen.

Für den Einsatz der pädagogisch tätigen Fachkräfte finden die Bestimmungen der §§ 72 und 72a SGB VIII Anwendung. Der besondere Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a SGB VIII ist zu beachten.

Bei Anstellungsverträgen muss das Direktionsrecht beim Zuwendungsempfänger verankert sein.

Der Verwendungsnachweis ist mir bis zum vorzulegen. Es sind die beigefügten Muster 3 b 2, Anlage 3 und Beiblätter A und B zu verwenden.

Bei allen Veröffentlichungen ist in geeigneter Weise auf eine Förderung aus dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW unter Verwendung des Logos der Obersten Landesjugendbehörde hinzuweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landschaftsverband Rheinland, vertreten durch die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland, Kennedy-Ufer 2 in 50679 Köln, einzulegen.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Der Widerspruch kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die Poststelle der Behörde erhoben werden.

Die E-Mail-Adresse lautet: post@lvr.de

Der Widerspruch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur kann auch verschlüsselt an die Poststelle erhoben werden.

Die E-Mail-Adresse lautet dann: poststelle@lvr.de

Der Widerspruch kann auch durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz erhoben werden.

Die De-Mail-Adresse lautet: post@lvr.de-mail.de

Hinweis:

Weitere Informationen zum elektronischen Zugang erhalten Sie auf der Internetseite des Landschaftsverbandes Rheinland www.lvr.de.

Text für eine oberste Landesbehörde (Ministerium) in ihrer Eigenschaft als Bewilligungsbehörde

Klage

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erheben. Die Klage ist gegen das Land Nordrhein-Westfalen – vertreten durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen - beim Verwaltungsgericht

(Straße, Postleitzahl, Ort) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erheben. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen übrigen Schriftsätze sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Daneben besteht auch die Möglichkeit, die Klage im Wege des elektronischen Rechtsverkehrs nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen (Elektronische Rechtsverkehrsverordnung Verwaltungs- und Finanzgerichte ERVVO VG/FG, vom 7. November 2012) zu erheben. Bitte beachten Sie, dass eine gewöhnliche E-Mail im elektronischen Rechtsverkehr nicht anerkannt wird. Für eine elektronische Klageerhebung sind bestimmte technische und formelle Voraussetzungen zu erfüllen, über die Sie z. B. das Verwaltungsgericht Düsseldorf – auch über seine Homepage <http://www.vg-duesseldorf.nrw.de/erv/index.php> – im Einzelnen informiert.

Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dieses Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Text für Landesjugendämter oder für andere Landesbehörden in ihrer Eigenschaft als Bewilligungsbehörde

Widerspruch:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Direktorin/ beim Direktor des Landschaftsverbandes

(Straße, PLZ und Ort) einzulegen.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dieses Verschulden Ihnen zugerechnet.

Hinweis:

Ich weise darauf hin, dass aus dieser Bewilligung nicht geschlossen werden kann, dass die Förderung auch in künftigen Haushaltsjahren im bisherigen Umfang erfolgt. Es ist nicht auszuschließen, dass die Entwicklung der Haushaltslage des Landes Kürzungen von Zuwendungen im Rahmen der Haushaltsplanung erfordert oder Zuwendungen deswegen ganz entfallen. Ich bitte Sie, dieses Finanzierungsrisiko, insbesondere bei Abschluss, Änderung oder Verlängerung von Verträgen (z. B. für Mietobjekte oder für Personal) zu berücksichtigen.